

## Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e.V.

### Stellungnahme zur aktuellen Debatte um Organ- und Gewebespende und den im Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages diskutierten Gesetzentwürfen

Berlin, 19. September 2019

#### Vorwort

---

Die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e.V. (bvmd) ist die legitimierte Vertretung der 93.000 in Deutschland immatrikulierten Medizinstudierenden. Die Initiative *Aufklärung Organspende* ist ein Projekt der bvmd und hat sich der neutralen Aufklärung über Organspende verschrieben. Die Initiative leistet ihre Aufklärungsarbeit unter anderem durch Workshops an Schulen sowie der Organisation von öffentlichen Vorträgen und Podiumsdiskussionen an Universitäten.

Die bvmd begrüßt die aktuelle Debatte zur Organ- und Gewebespende um die beiden Vorschläge "Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der doppelten Widerspruchslösung im Transplantationsgesetz" durch *Herrn Professor Karl Lauterbach, Bundesminister Jens Spahn* sowie weiteren Mitgliedern des Bundestages sowie "Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft bei der Organspende" durch die Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen *Frau Annalena Baerbock* und weiteren Abgeordneten. Die bvmd sieht die Notwendigkeit, die Auseinandersetzung der Bevölkerung mit dem Thema Organspende und Organallokation zu intensivieren. Bei den Entwürfen beider Gruppen wird jedoch eine wertvolle Ressource nicht ausreichend berücksichtigt: Medizinstudierende, beratende Ärzt\*innen und weitere Mitarbeitende im Gesundheitswesen, die nicht regelhaft in der Transplantationsmedizin arbeiten und sich dennoch im Berufsalltag oder aber außerhalb der Patientenversorgung - beispielsweise in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen - häufig mit Fragen zu Organspende und Organallokation konfrontiert sehen.

#### bvmd-Geschäftsstelle

Robert-Koch-Platz 7  
10115 Berlin

Phone +49 (30)9560020-3  
Fax +49 (30)9560020-6  
Home <http://www.bvmd.de>  
Email [buero@bvmd.de](mailto:buero@bvmd.de)

#### Für die Presse

Anaïs Lins  
Email [pr@bvmd.de](mailto:pr@bvmd.de)

#### Vorstand

Peter Jan Chabiera	(Präsident)
Josephine Häring	(Internes)
Martin J. Gavrysh	(Externes)
Abdullah Sönmez	(Internationales)
Kilian Zuber	(Finanzen)
Matthias Kaufmann	(Fundraising)
Anaïs Lins	(PR)
Felix Kellermann	(IT)

Die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland ist ein eingetragener Verein.  
(Vertragsregister Aachen VR 4336)  
Sitz und Gerichtsstand ist Aachen.

Europäische Integration  
Famulaturaustausch

Forschungsaustausch  
Gesundheitspolitik  
Projektwesen

Medizin und Menschenrechte  
Medizinische Ausbildung  
Training

Public Health  
Sexualität und Prävention

Die bvmd ist auf internationaler Ebene Teil der IFMSA- und EMSA-Netzwerke

## Hintergrund

---

Laut einer repräsentativen Befragung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) aus dem Jahr 2018 gibt es mit 84% eine sehr hohe Zustimmungsrate zur Organ- und Gewebespende in Deutschland. Laut derselben Befragung haben jedoch über 40% der Deutschen noch keine Entscheidung für oder gegen eine Organ- und Gewebespende getroffen.[1]

Die Anzahl derjenigen, die keine Entscheidung getroffen haben, stieg dabei seit 2016 leicht an.[2] Als häufigster Grund für eine fehlende Entscheidung wurde eine mangelnde Auseinandersetzung mit dem Thema angegeben (43%). Zudem geben 44% der Gesamtbevölkerung an, dass sie sich mehr Informationen zum Thema Organ- und Gewebespende wünschen. Besonders groß ist der Wunsch nach mehr Informationen in der Gruppe der 14- bis 25-Jährigen (56%).[1]

Die genannten Zahlen sprechen trotz bestehender Informationskampagnen der BZgA und der Krankenkassen klar für einen **strukturellen Informationsmangel** in der Allgemeinbevölkerung, dem dringend entgegengewirkt werden muss.

Die Initiative *Aufklärung Organspende* und die bvmd sehen daher ein dringendes Bedürfnis für vermehrte Aufklärungsarbeit, sodass jede\*r eine informierte und differenzierte Entscheidung zur Organ- und Gewebespende treffen kann. Zudem sollte jede\*r diese Entscheidung auch dokumentieren und kommunizieren. Dafür muss ein entsprechendes gesellschaftliches Bewusstsein und Klima geschaffen werden, welches die Entscheidungsfindung unterstützt und befürwortet. Dabei soll jede Entscheidung, unabhängig davon ob sie für oder gegen Organ- oder Gewebespende ausfällt, akzeptiert werden.

## Gesetzentwurf zur Regelung der doppelten Widerspruchslösung

Im Gesetzentwurf der Abgeordneten um *Bundesminister Jens Spahn* wird eine Änderung der aktuell gesetzlich gültigen Entscheidungslösung zu einer doppelten Widerspruchslösung vorgeschlagen. Nach dem Entwurf "gilt jede Person als Organ- oder Gewebespende, es sei denn, es liegt ein erklärter Widerspruch [...]" vor.[3] Zudem soll die Dokumentation der Entscheidung über die Organspende in einem Register festgehalten werden, in dem die Ärzt\*innen, die eine Organ- oder Gewebespende vornehmen sollen, durch eine Anfrage feststellen lassen können, ob eine Erklärung durch den möglichen Organ- oder Gewebespende vorliegt. Diese Anfrage soll für die Ärzt\*innen gesetzlich verpflichtend sein.[2]

Zwar ist im Gesetzentwurf von "einer umfassenden Aufklärung und Information der Bevölkerung vor Inkrafttreten des Gesetzes über [...] die Rechtsfolgen [...] eines nicht erklärten Widerspruchs" und auch einer Sicherstellung der Aufklärung nach Inkrafttreten des Gesetzes die Rede, allerdings gibt es dafür im Gesetzentwurf selbst keine Lösungsansätze außer der Versendung von Informationsbroschüren.[2]

Den Anforderungen, um den zuvor beschriebenen strukturellen Informationsmangel in der Allgemeinbevölkerung durch eine **zeitgemäße Aufklärung der Bevölkerung** zu beheben, wird der Gesetzentwurf nach Meinung der bvmd nicht gerecht. Der Gesetzentwurf birgt damit die Gefahr zu einer Reaktanz in der Bevölkerung zu führen, da die Widerspruchslösung von einem Teil der Bevölkerung als bevormundend erlebt werden könnte. Deshalb fordern wir von der Abgeordnetengruppe um *Bundesminister Jens Spahn*, ihren bisherigen Vorschlag in Hinblick auf die Aufklärungsarbeit zu ergänzen und zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Aufklärung der Bevölkerung zu implementieren.

Die bvmd ist der Meinung, dass Medizinstudierende, Ärzt\*innen und weitere Mitarbeitende im Gesundheitswesen wichtige Ansprechpartner\*innen für die Bevölkerung sind, wenn es um Aufklärung über Organspende, Organallokation und den irreversiblen Ausfall aller Hirnfunktionen geht. Gerade Hausärzt\*innen sollten aufgrund ihrer Nähe zum Patienten eine Schlüsselrolle bei der Beantwortung drängender Fragen zu dieser Thematik einnehmen.

Für diese Forderungen ist eine umfassende Weiterbildung der Ärzt\*innen und entsprechende Angebote von staatlicher Seite notwendig. Zudem sollten strukturelle und finanzielle Voraussetzungen geschaffen werden, damit Hausärzt\*innen diese wichtige Rolle erfüllen können, da ansonsten diese Aufgabe sowohl zeitlich als auch finanziell nicht in den Praxisalltag eingebunden werden kann.

### **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft bei der Organspende**

Der Gesetzentwurf der Gruppe von Abgeordneten um *Frau Annalena Baerbock* hingegen legt den Fokus auf eine verbesserte Aufklärung der Bevölkerung. Die regelmäßige Auseinandersetzung mit dem Thema Organ- und Gewebespende soll zu einem stärkeren Bewusstsein der Bevölkerung führen und damit die Motivation erhöhen, selbst eine Entscheidung zu treffen, zu dokumentieren und zu kommunizieren. Der Gesetzentwurf sieht vor eine "stets widerrufbare Entscheidung klar zu registrieren"[4] und mit Informationsangeboten "die [...] Differenz zwischen der grundsätzlich eher positiven Einstellung der Menschen zur Organ- und Gewebespende und dem dokumentierten Willen [...]"[4] zu verringern. Dabei bliebe "die Entscheidungsfreiheit und das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen [...] unberührt".[4] Für die Registrierung soll ein bundesweites Online-Register eingeführt werden sowie die Möglichkeit bestehen, "direkt vor Ort bei den für die Ausstellung und die Ausgabe von Ausweisen zuständigen Stellen des Bundes und der Länder [...] seine Erklärung zur Organ- und Gewebespende abzugeben." [4] Auch die Ausweitung der Aufklärungsunterlagen der BZgA und die Einbeziehung der Hausärzt\*innen sowie weitere Beratungsmöglichkeiten (bspw. *Infotelefon Organspende*) werden im Gesetzentwurf aufgeführt.

Die bvmd begrüßt den Fokus auf das Ausweiten der Aufklärungsmaßnahmen sehr. Bei diesen Maßnahmen sieht die bvmd allerdings folgende Aspekte problematisch: Einerseits führen bereits bestehende Informationsangebote der BZgA wie bereits beschrieben aktuell noch nicht zu einer vermehrten Aufklärung,<sup>[1]</sup> wodurch davon auszugehen ist, dass einige der vorgeschlagenen Informationswege weiterhin nicht von den Bürger\*innen genutzt werden. Andererseits besteht die Problematik darin, dass das Thema Organ- und Gewebespende in den vorgeschlagenen Situationen mit anderen für den Bürger im Vordergrund stehenden Informationen konkurriert, z. B. mit dem Erwerb eines Personalausweises oder der akuten medizinischen Versorgung beim Hausarzt.

In den im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Situationen zur Aufklärung der Bevölkerung befürchtet das Projekt *Aufklärung Organspende* der bvmd, dass das Informationsangebot zur Organ- und Gewebespende aufgrund der Menge an verschiedenen anderen Informationen nicht ausreichend angenommen wird. Weiterhin wird bei jedem der Angebote ausdrücklich betont, dass keine Verpflichtung besteht, sich über ihre Bereitschaft zur Organ- und Gewebespende zu erklären. Die bvmd sieht dies als weiteren Faktor, der einer Entscheidungsfindung entgegen wirken kann, da es dazu verleitet, die unbequeme und mitunter schwierige persönliche Entscheidung, die die Beschäftigung mit dem eigenen Tod erfordert, auf einen unbestimmten Zeitpunkt in die Zukunft zu verschieben. Aus diesen Gründen sieht die bvmd die Gefahr, dass die vorgeschlagenen Änderungen alleine nicht zu einer signifikanten Steigerung der Entscheidung führen werden.

## **Zur Verbesserung der Aufklärung muss die Beratungskompetenz des medizinischen Personals gesteigert werden**

---

Die bvmd spricht sich für eine verstärkte Integration der medizinischen und rechtlichen Aspekte der Organ- und Gewebespende in der medizinischen Ausbildung von Ärzt\*innen und weiteren Mitarbeitenden im Gesundheitswesen aus. Das Thema Organspende steht hierbei neben der allgemeinen gesellschaftlichen Bedeutung zudem exemplarisch für die kulturellen, ethischen und interpersonellen Herausforderungen einer komplexen Patientenberatung. Diese Kompetenzen sind auf andere Themen mit hohem Komplexitätsgrad übertragbar. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir grundsätzlich die mit dem Gesetzentwurf von *Frau Annalena Baerbock* vorgesehene Aufnahme der Themen Organspende und Transplantationsmedizin als Prüfinhalte in die Ärztliche Prüfung. Der vorliegende Gesetzentwurf sieht die Verankerung dieser Themen als Bestandteil des **Zweiten Abschnitts der Ärztlichen Prüfung (M2)** vor. Bei diesem Prüfungsabschnitt handelt es sich allerdings um ein rein schriftliches Prüfungsformat, welches die zur ärztlichen Beratung notwendigen kommunikativen, ethischen und klinisch-praktischen Fertigkeiten nur in Ansätzen erfassen kann. Im Entwurf von den Abgeordneten um Herrn Spahn finden sich leider keine Forderungen nach einer Einbindung des Themenkomplexes in die medizinische Ausbildung.

Die bvmd schlägt vor, Organ- und Gewebespende sowie Transplantationsmedizin gemäß dem *Masterplan Medizinstudium 2020* im Rahmen einer Neuformulierung der Approbationsordnung für Ärzte (ÄApprO) in allen Abschnitten der Ärztlichen Prüfung zu berücksichtigen. Hier hält die bvmd den **Dritten Abschnitt der Ärztlichen Prüfung (M3)** für am besten geeignet, um die komplexen Fertigkeiten und Kompetenzen zu prüfen. Am zweiten Tag der M3-Prüfung sollen spezifische klinische Situationen mittels "*Objective Structured Clinical Examination*" (OSCE) unter Zuhilfenahme standardisierter Schauspielpatienten, ggf. -angehöriger bzw. -vertreter unterschiedlicher Gesundheitsberufe geprüft werden können.

Die *AG Medizinische Ausbildung* hat bereits gemeinsam mit drei Lokalgruppen der Initiative *Aufklärung Organspende* eine Kooperation mit dem Institut für Medizinische und Pharmazeutische Prüfungsfragen (IMPP) - im Zuge des Masterplans auch zuständig für die Konzeption der M3-Prüfungen - begonnen. In diesem Rahmen werden aktuell drei verschiedene OSCE-Stationen entwickelt und getestet.

Die bvmd wird sich weiterhin konstruktiv an der Einbindung des Themas Organspende in der Lehre an den medizinischen Fakultäten einbringen. Die Medizinstudierenden sollten am Ende ihres Medizinstudiums in der Lage sein, die zu beratenden Personen zu befähigen, für sich selbst eine Entscheidung zu treffen. Durch diese Ausbildung kann eine flächendeckende ärztliche Aufklärung auf hohem Niveau erfolgen.

## **Zusammenfassung**

---

Zusammenfassend hält die bvmd folgende Maßnahmen für essentiell, um die Motivation der Bürger\*innen zu steigern, sich mit dem wichtigen Themenkomplex der Organ- und Gewebespende auseinanderzusetzen:

1. Organ- und Gewebespende sowie Transplantationsmedizin müssen in die Curricula der Gesundheitsfachberufe und Medizinstudierenden, sowie in die Ärztliche Prüfung, hier im Besonderen in das **M3**, gemäß ÄApprO, integriert werden.
2. Hausärzt\*innen müssen bezüglich der Aufklärung über die Organ- und Gewebespende und das Transplantationsgesetz sowohl organisatorisch und finanziell unterstützt als auch fortgebildet werden.
3. Die Themenkomplexe Organ- und Gewebespende sowie Organallokation müssen durch Lehrveranstaltungen speziell geschulter Expert\*innen, bspw. Lehrer\*innen, in die Lehrpläne **aller** weiterführenden Schulen implementiert werden.

Ziel dieser Maßnahmen soll sein, dass jede\*r Bürger\*in die Möglichkeit hat, eine eigenständige und informierte Entscheidung für oder gegen eine Organ- oder Gewebespende zu treffen bzw. diese aus freien Stücken an eine\*n Dritte\*n zu delegieren und die Angehörigen dadurch zu entlasten.

Wir bitten die Abgeordneten daher, ihre Entwürfe hinsichtlich unserer Vorschläge zu prüfen und gegebenenfalls um diese zu ergänzen.

## Über die bvmd

Die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e.V. (bvmd) ist die legitimierte Vertretung der mehr als 90.000 Medizinstudierenden in Deutschland. Sie ist der Zusammenschluss der Studierendenvertretungen der bundesweit 38 medizinischen Fakultäten und Fachbereiche.

---

## Quellenangaben

---

[1] „Wissen, Einstellung und Verhalten der Allgemeinbevölkerung (14 bis 75 Jahre) zur Organ- und Gewebespende“ Bundesweite Repräsentativbefragung 2018 – Erste Studienergebnisse -

[https://www.organspende-info.de/fileadmin/Organspende/05\\_Mediathek/04\\_Studien/Infoblatt\\_Organspende\\_180528\\_Final.pdf](https://www.organspende-info.de/fileadmin/Organspende/05_Mediathek/04_Studien/Infoblatt_Organspende_180528_Final.pdf) (Abgerufen am 17.09.2019)

[2] Wissen, Einstellung und Verhalten der Allgemeinbevölkerung (14 bis 75 Jahre) zur Organ- und Gewebespende“ Bundesweite Repräsentativbefragung 2016 - Erste Studienergebnisse -

[https://www.organspende-info.de/fileadmin/Organspende/05\\_Mediathek/04\\_Studien/Infoblatt\\_Organspende\\_2016L.pdf](https://www.organspende-info.de/fileadmin/Organspende/05_Mediathek/04_Studien/Infoblatt_Organspende_2016L.pdf) (Abgerufen am 17.09.2019)

[3] Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der doppelten Widerspruchslösung im Transplantationsgesetz -

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/110/1911096.pdf> (Abgerufen am 17.09.2019)

[4] Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft bei der Organspende -

[https://www.annalena-baerbock.de/wp-content/uploads/2019/05/2019-05-06\\_entwurf-eines-gesetzes-zur-staerkung-der-entscheidungsbereitschaft-bei-der-organspende.pdf](https://www.annalena-baerbock.de/wp-content/uploads/2019/05/2019-05-06_entwurf-eines-gesetzes-zur-staerkung-der-entscheidungsbereitschaft-bei-der-organspende.pdf) (Abgerufen am 17.09.2019)